

Südosteuropa Die Präsenz in Albanien

[map]
Gjirokastrë
Kukës
Shkodër
Tirana
Vlorë
[map]

Präsenz in Albanien
Projektbüro

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Die Präsenz leistete weiter Hilfestellung in den Bereichen Wahl- und Justizreform, Gesetzgebung, Justizverwaltung, Eigentumsrechte, Regionalverwaltung, Aufbau parlamentarischer Kapazitäten sowie Bekämpfung des Menschenhandels und der Korruption. Die Präsenz unterstützte die unabhängigen Medien und Good Governance, half bei der Polizeiausbildung und arbeitete an der Stärkung der Zivilgesellschaft. Besondere Erwähnung verdient der Beginn eines Projekts zur Unterstützung der Regierung bei der Modernisierung ihres Personenstands- und Adressenwesens.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Präsenz unterstützte die Grenz- und Migrationspolizei bei der Ausarbeitung und Umsetzung ihrer *Strategie für integriertes Grenzmanagement*. Sie vermittelte gemeinsame Treffen im Rahmen der Zusammenarbeit in Grenzfragen mit Italien, Kosovo (Serbien), Montenegro und der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und half mit bei der Entwicklung grenzüberschreitender Vereinbarungen mit Montenegro.

Hilfestellung für die Grenz- und Staatspolizei. In Vorbereitung der Kommunalwahlen 2007 schulte die Präsenz 55 Polizeiausbildner in der Rolle der Polizei während eines Wahlgangs, worauf diese Ausbildner ihrerseits weitere 5000 Polizeibeamte schulten. Um die Erfolgsquote der Strafverfolgungsbehörden zu verbessern, unterstützte die Präsenz einen sechsmonatigen Ausbildungskurs in Befragungs- und Ermittlungstechniken für 120 Ermittlungsbeamte der mittleren Ebene. Gemeinsam mit der türkischen Internationalen Akademie gegen Drogen und organisierte Kriminalität führte sie einen Lehrgang in Ermittlungsmanagement für 19 Ermittlungsbeamte durch, die gegen organisierte Kriminalität eingesetzt werden.

Die Präsenz übergab der Grenz- und Migrationspolizei eine großzügige Spende in Form von Grenzüberwachungsausrüstung und sorgte für die Einschulung von 60 Grenzpolizeibeamten in der Bedienung dieser Geräte. Als Beitrag zum Kampf gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität richtete die Präsenz gemeinsam mit dem spanischen Vorsitz und der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten Arbeitsgruppen ein, um die Zusammenarbeit

zwischen der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Richterschaft in Albanien sowie die Zusammenarbeit mit Montenegro zu verbessern.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der Eigentumsreform. Mit finanzieller Unterstützung Norwegens, Finnlands, der Tschechischen Republik und der Vereinigten Staaten legte die Präsenz eine elektronische Datenbank über 43.000 Eigentumsrückgabe- bzw. Entschädigungsanträge an. Dank ihrer Zusammenarbeit mit dem Grundbuchamt konnten 2007 erstmals 33.752 Eigentumstitel registriert werden. Die Präsenz unterstützte die Einrichtung einer digitalisierten kartografischen Datenbank und prüfte, welche Beschränkungen für eingetragenes Eigentum gelten.

Unterstützung der Dezentralisierung und der Regionalreform. Die Präsenz war der Regierung bei der Durchführung einer Analyse der regionalen Verwaltungsstrukturen behilflich. Sie vermittelte Gespräche zwischen der Regierung und Gebern über regionale Entwicklungs- und Antikorruptionsstrategien.

Förderung einer verantwortungsvollen Staatsführung. Die Präsenz führte ein Programm zur Förderung weiblicher Führungskräfte in Kommunalverwaltungen durch; Zielgruppe waren die bei den Kommunalwahlen als Siegerinnen hervorgegangenen neun Bürgermeisterinnen. Sie schulte 160 Kommunalbeamte des Hohen Inspektorats für Vermögensangabe und Prüfung in der Verhütung von Interessenkonflikten. Sie stellte der Abteilung Steuerfahndung Fachinformationen über das neue Gesetz gegen Geldwäsche zur Verfügung und schulte die Beamten in der Beschaffung von finanziellen Informationen von 17 Banken. Als Ergebnis der Fördertätigkeit der Präsenz für die soziale Verantwortung von Unternehmen unterzeichneten 22 Reiseunternehmen den *Weltweiten Verhaltenskodex für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung im Tourismus*.

Unterstützung für den Schutz und die Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels. Die Präsenz unterstützte örtliche Nichtregierungsorganisationen bei der Durchführung einer Kampagne gegen das Betteln von Kindern. Gemeinsam mit der Regierung und unter Beteiligung der für die Bekämpfung des Menschenhandels verantwortlichen Behörden der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und des Kosovo (Serbien) organisierte sie Gesprächsrunden über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel. Die Präsenz unterstützte 15 ehemalige Menschenhandelsopfer bei der Gründung von Kleinstunternehmen durch Schulung und die Gewährung von Kleinstkrediten. Sie verfasste ein Handbuch für Strafverfolgungsbeamte über die Identifizierung und den Schutz von Menschenhandelsopfern.

Förderung eines besseren Umweltmanagements. Mit einer Subvention der Umwelt- und Sicherheitsinitiative für die Umsetzung der *Aarhus-Konvention* und unter Mitwirkung des Umweltministeriums reagierte die Präsenz auf mehrere Kritikpunkte, die der mit der Überwachung der Umsetzung der *Konvention* betraute Durchführungsausschuss geäußert hatte. Sie eröffnete regionale Aarhus-Informationszentren in Shkodër und Vlorë, bildete 40 öffentliche Bedienstete und Mitglieder der Zivilgesellschaft in den mit der Aarhus-Konvention verbundenen Rechten und Pflichten aus und entwickelte eine Aarhus-Website. Diese Aktivitäten führten zu intensiveren Konsultationen zwischen dem Ministerium und der Zivilgesellschaft in Fragen wie etwa der Abfallwirtschaft.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Förderung der Wahlreform. Die Präsenz leistete technische und logistische Unterstützung für den Parlamentsausschuss für Wahlreform und finanzierte eine Reihe von Arbeitstagen über internationale Standards und bewährte Praktiken. Sie begann mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission und der USA und mit Förderung durch den Europarat und Norwegen ein Großprojekt, mit dem die Regierung bei der Modernisierung ihres Personenstands- und Adresswesens unterstützt wird.

Stärkung der Parlamentarischen Versammlung. Die Präsenz begann mit der Durchführung der zweiten Phase ihres Projekts zur Unterstützung des Parlaments, mit dem Transparenz, die Erreichbarkeit und die Ermittlungskapazitäten der Ausschüsse, Mitarbeiter und Dienststellen der Parlamentarischen Versammlung verbessert werden sollen.

Stärkung der Justiz. Die Präsenz veröffentlichte einen Bericht mit einer Analyse der strafrechtlichen Revisionsverfahren in Albanien und stellte Weiterbildungskurse für den stellvertretenden Präsidenten des Hohen Justizrates und vier weitere Richter über richterliche Ethik bereit. Gemeinsam mit dem Europarat und dem Justizministerium schulte die Präsenz 300 Rechtspraktiker in dem neuen *Gesetz über häusliche Gewalt*. Sie veröffentlichte ein Handbuch für Opfer und für gemeinnützige Organisationen, das beschreibt, wie sich Opfer vor häuslicher Gewalt in Sicherheit bringen können. Sie half mit, Gesetzesentwürfe über Zeugenschutz auszuarbeiten, und war gemeinsam mit den Polizeiunterstützungsmissionen der Europäischen Kommission und den USA an der Ausarbeitung des Entwurfs für ein neues *Gesetz über die Staatspolizei* beteiligt.

Menschenrechte. Die Präsenz führte Schulungen für 92 Rechtspraktiker zum Thema Schutz von Minderjährigen durch. Sie koordinierte die Bemühungen von Gebern, die Beiträge zur Umsetzung der Nationalen Roma-Strategie leisteten. Sie gab Empfehlungen über die Einführung eines Bewährungssystems in Gefängnissen ab und half bei der Planung einer neuen Jugendstrafvollzugsanstalt.

Medienentwicklung. Die Präsenz leistete dem öffentlichen Medienregulator Hilfestellung bei der Erarbeitung einer Strategie für den Umstieg auf digitalen Sendebetrieb. Mit Unterstützung der Präsenz und des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit nahmen sechs Parlamentsabgeordnete an Arbeitstagen in Wien über bewährte Praktiken und das derzeit gültige Mediengesetz der Europäischen Union teil.

Förderung der Zivilgesellschaft und der bürgerlichen Rechte. Das von der Präsenz ins Leben gerufene landesweite Netz von Entwicklungszentren für die Zivilgesellschaft, das nun über eine eigene Rechtspersönlichkeit verfügt, verhalf zahlreichen örtlichen Nichtregierungsorganisationen zur Beteiligung an örtlichen Entscheidungsprozessen. Die Präsenz förderte Untersuchungen über die Umsetzung der Nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen und über die Übereinstimmung von Gesetzesvorlagen mit dem *Übereinkommen der Vereinten Nationen über Menschen mit Behinderungen*.

Förderung der Gleichstellung und der Frauenrechte. Gemeinsam mit dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau leistete die Präsenz der Regierung Hilfestellung bei der Formulierung der vor kurzem verabschiedeten *Nationalen Strategie für die Gleichstellung der Frau und die Beseitigung von häuslicher Gewalt*. In Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen unterstützte sie die Regierung bei der

Novellierung des *Gesetzesentwurfs über die Gleichstellung der Geschlechter in der Gesellschaft* und der öffentlichen Debatte darüber. Mit Mitteln, die von Deutschland zur Verfügung gestellt wurden, setzte die Präsenz ihre Hilfe für Frauen, die Opfer von gewalttätigen Übergriffen wurden, über das Frauenberatungszentrum in Kukës fort.

Leiter der Präsenz:

Botschafter Robert Bosch seit 25. Oktober, als Nachfolger von Botschafter Pavel Vacek, dessen Mandat am 5. Oktober endete

Genehmigter Haushalt: 3.726.600 EUR

www.osce.org/albania

Die Mission in Bosnien und Herzegowina

[map]
Banja Luka
Bihać
Bijeljina
Brčko
Bugojno
Čapljina
Doboj
Drvar
Foča
Livno
Mostar
Orašje
Pale
Prijedor
Sanski Most
Sarajewo
Široki Brijeg
Srebrenica
Travnik
Trebinje
Tuzla
Višegrad
Zenica
Zvornik
[map]

Mission in Bosnien und Herzegowina
Regionalzentrum
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Politische Spannungen behinderten 2007 die Arbeit der Mission in bestimmten Bereichen – hauptsächlich beim Aufbau einiger Bildungs- und Menschenrechtsinstitutionen –, doch konnte die Mission davon abgesehen die ihr übertragenen Aufgaben ohne größere Behinderungen durchführen. Zu diesen Aufgaben zählten unter anderem die Unterstützung von Bosnien und Herzegowina bei der Erfüllung der politisch-militärischen OSZE-Verpflichtungen des Landes, die Stärkung der Parlamente, die Verbesserung der örtlichen Governance, die raschere strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern im Land und die Flüchtlingsrückkehr sowie Bemühungen um Beendigung der Diskriminierung gegenüber der jeweiligen Minderheit in einer Gemeinschaft, insbesondere in Schulen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Erfüllung der politisch-militärischen Verpflichtungen. Die Mission unterstützte die Arbeit des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für Anhang 1-B Artikel IV des

Friedensübereinkommens von Dayton, indem sie technische und logistische Hilfestellung bei zehn Inspektionen nach Artikel IV leistete. Bosnien und Herzegowina leitete die erste multinationale Inspektion nach Artikel IV auf einem montenegrinischen Militärstützpunkt, seit Montenegro dem *Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle* beiträt.

Die Unterstützung bei der Reduzierung umfangreicher Lager überschüssiger Kleinwaffen und leichter Waffen sowie von Munition in Bosnien und Herzegowina hatte auch dieses Jahr hohe Priorität. Die Anzahl der Waffen- und Munitionslagerstätten geht weiter zurück, es werden allerdings auch weniger Waffen vernichtet, teils aufgrund von Verzögerungen bei der Einstellung von geschultem Personal in ausreichender Zahl, teils aufgrund von Problemen bei der Übertragung militärischer Einrichtungen von den Teilgebieten an den Staat. Gemeinsam mit ihren internationalen Partnern arbeitete die Mission auch an einer Strategie zur Schaffung wirksamer Rüstungskontrollmechanismen in Bosnien und Herzegowina.

Parlamentarische Kontrolle und demokratische Kontrolle der Streitkräfte. Die Mission unterstützte den Verteidigungs-, den Sicherheits- und den nachrichtendienstlichen Ausschuss der Parlamentarischen Versammlung. Mit Seminaren und Workshops unterstützte sie diese Parlamentarier bei der Ausarbeitung und Prüfung des Verteidigungs- und des Sicherheitshaushalts. Sie stellte ferner ein Programm zusammen, in dessen Rahmen Ausschussmitglieder fünf europäische Länder besuchten, wo sie einen Gedanken- und Informationsaustausch über Verteidigungsreform und Sicherheitsaufsicht sowie über parlamentarische Kontrollgepflogenheiten in anderen Demokratien führten.

Aufbau von Institutionen. Die Mission organisierte in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungs- und dem Sicherheitsministerium sechs Seminare über den *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, an denen sich rund 180 ranghohe Offiziere und staatliche Vertreter beteiligten. Mit Unterstützung und Hilfe der Staatsregierung von Bosnien und Herzegowina und der Regierung Finnlands entwickelte die Mission auch zwei Pilotlehrgänge zum Thema Koordination der Entwicklung der nationalen Sicherheitspolitik und führte diese auch durch.

Wirtschafts- und Umweltaktivitäten

Arbeitsplätze und Wirtschaft. Die Mission organisierte neun Stellenbörsen und 26 Unternehmerseminare in Partnerschaft mit Gemeinden, Arbeitsämtern, privatwirtschaftlichen Unternehmen, Entwicklungsagenturen und Gruppen der Zivilgesellschaft. Dank dieser Aktivitäten fanden mehr als 200 Personen Arbeit und 50 gründeten eigene Unternehmen. Die Mission half außerdem 17 Gemeinden, in Partnerschaft mit ihren Einwohnern Pläne zu entwickeln, um Behinderungen der örtlichen Wirtschaftsentwicklung auszumachen und zu beseitigen.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Die Ahndung von Kriegsverbrechen. Zwölf Jahre nach Kriegsende ist die strafrechtliche Verfolgung von Kriegsverbrechern noch immer nicht abgeschlossen. In der Überzeugung, dass Gerechtigkeit eine Grundvoraussetzung für die Aussöhnung ist, war die Mission bestrebt, Bosnien und Herzegowina bei der Erreichung dieses Ziels zu helfen. Sie unterstützte auch die bosnische Staatsanwaltschaft bei der Entwicklung einer Strategie für die straf-

rechtliche Ahndung der vielen noch offenen Fälle. Außerdem beobachtete sie weiter Kriegsverbrecherprozesse, darunter auch jene, die der Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien dem bosnischen Staatsgerichtshof übertragen hatte.

Unterstützung der nachhaltigen Rückkehr der Flüchtlinge in die Region. Nun, da der Prozess der Wiederinbesitznahme von Eigentum nahezu abgeschlossen ist, richtet sich die Aufmerksamkeit darauf, dem Rückkehrprozess Nachhaltigkeit zu verleihen, indem versucht wird, im gesamten Land ein Klima der Achtung der Menschenrechte ohne Diskriminierung zu schaffen. Die Mission war außerdem gemeinsam mit OSZE-Missionen und Vertretern der Europäischen Kommission und des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen in Kroatien, Serbien und Montenegro bemüht, die Erfüllung der von den Flüchtlingsministern der Region in der *Erklärung von Sarajewo* im Januar 2005 eingegangenen Verpflichtungen zu fördern.

Förderung der Rechte gefährdeter Gruppen. Roma und andere nationale Minderheiten sind beim Zugang zum Gesundheitswesen, zum Wohnungswesen und zu Beschäftigung diskriminierender Behandlung ausgesetzt. Die Mission bemühte sich, hier Abhilfe zu schaffen und auch die unterschiedliche Behandlung der Geschlechter zu mildern, indem sie den einschlägigen Institutionen und Gruppen der Zivilgesellschaft Schulung und Rechtsberatung anbot. Ferner unterstützte sie die nationalen Behörden bei der Erarbeitung von Lösungen für das zunehmende Problem des Menschenhandels in Bosnien und Herzegowina.

Demokratisierung

Förderung von Transparenz und Rechenschaftspflicht in der Regierung. Die Mission schulte Parlamentarier und stärkte die Ausschüsse der staatlichen Parlamentarischen Versammlung im Rahmen ihres *Programms zur Stärkung der Legislative*. Das Parlament traf Maßnahmen zur verstärkten Beteiligung der Öffentlichkeit an seiner Arbeit und regelte seine Aktivitäten durch einen Verhaltenskodex.

Zwölf Gemeinden schlossen ihre Teilnahme am Kommunalverwaltungsprojekt der Mission, *UGOVOR* oder *Contract*, ab und weitere 60 werden das Projekt durchlaufen haben, bevor es im Juni 2008 beendet wird. Die zweite Runde des sogenannten *Beacon Scheme*, das hervorragende Leistungen der öffentlichen Verwaltung als Dienstleistungsanbieter feststellt und auszeichnet und an dem sich insgesamt über 100 Gemeinden beteiligt hatten, wurde abgeschlossen.

Mithilfe der Mission erreichten 30 Gemeinden dank einer Reform ihrer Kommunalverwaltung die Mindeststandards für Effektivität und Effizienz. Die Mission half darüber hinaus Kommunalbediensteten bei der Abfassung eines Leitfadens für die Personalverwaltung in den Kommunen. Zu diesem Zweck wurden 92 Kommunen mit Software für Personalregistrierung ausgestattet, mit der sie ihre bisherigen Personalverwaltungssysteme in Karteiform ersetzen.

Verbesserung der Gesetzgebung und des Rechtsrahmens. Die Mission unterstützte die meisten Kommunen der Föderation, eines der beiden Teilgebiete des Landes, bei der Anpassung ihrer Satzungen und Verfahrensregeln an ihr neues *Gesetz über die Grundsätze der lokalen Selbstverwaltung*. Die Demokratisierungsbeamten der Mission unterstützten auch die Regierung des anderen Teilgebiets, der Republika Srpska, bei der Ausarbeitung von Vorschlägen zur Verbesserung ihres eigenen diesbezüglichen Gesetzes.

Stärkung der Zivilgesellschaft und der Bürgerbeteiligung. Die Mission bildete über 100 Organisationen der Zivilgesellschaft in effektiver Mitwirkung an öffentlichen Anhörungen des Staatsparlaments aus. Außerdem unterstützte sie weiter ein Netz von 27 NROs, womit sie auch die Stimme junger Menschen in der politischen Arena stärkte. Ihr Programm *Offenes Parlament* führte 22 Fernseh-Debatten zwischen Parlamentariern und Jugendlichen durch.

Wahlfragen

Auf Ersuchen der Zentralen Wahlkommission stellte die Mission Fachberatung zu Änderungen und Novellen der Gesetze betreffend Wahlangelegenheiten, Finanzierung politischer Parteien und Interessenkonflikte zur Verfügung.

Bildungswesen

Die Mission erstellte und veröffentlichte fünf an die Öffentlichkeit gerichtete Berichte über die Bildungsreform, um die breite Öffentlichkeit auf die Probleme aufmerksam zu machen, die die Verbesserung des Bildungswesens behindern, und um Unterstützung zu ihrer Beseitigung zu gewinnen. Sie bezogen sich insbesondere auf Analysen der weit verbreiteten Umgehung zugewiesener Schulbezirke zugunsten ethnisch reiner Schulen sowie auf den erfolgreichen multiethnischen Unterricht im Bezirk Brčko als Vorbild für Bosnien und Herzegowina.

Weitere Projekte der Mission dienten der stärkeren Mitwirkung von Eltern und Schülern an der Verwaltung und an den Aktivitäten der Schulen, der Förderung des regelmäßigeren Schulbesuchs durch bestimmte Gruppen benachteiligter Kinder wie Roma, Kinder mit besonderen Bedürfnissen oder Kinder, deren Familien sich die mit der Schule verbundenen Ausgaben nicht leisten können, und der Aufklärung über die schädlichen Auswirkungen der ineffizienten und oft ungerechten Zuteilung von Bildungsgeldern.

Leiter der Mission:

Botschafter Douglas Davidson

Genehmigter Haushalt: 17.944.200 EUR

www.oscebih.org

Die Mission in Kroatien

[map]
Gospić
Karlovac
Knin
Osijek
Pakrac
Sisak
Split
Vukovar
Zadar
Zagreb
[map]

Mission in Kroatien
Außenstelle
Zweigstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

2007 erreichte ein Prozess, der 1996 mit der Einrichtung der Mission in Kroatien seinen Anfang genommen hatte, seinen Höhepunkt, als der laufende Reformprozess in mehreren Bereichen, mit denen die Mission betraut worden war, für ausreichend tragfähig erklärt wurde. Vier Abteilungen der Mission – Polizeireform, Entwicklung der Zivilgesellschaft, Medienfreiheit und politische Angelegenheiten – wurden Ende letzten Jahres geschlossen. Im Verlauf des Jahres 2007 ermöglichte es der nachweisliche Fortschritt der kroatischen Behörden in den beiden verbliebenen Programmbereichen des Missionsmandats – Rückkehr und Integration der Flüchtlinge sowie Rechtsstaatlichkeit –, sechs Außenstellen zu schließen.

Als Folge dieser Entwicklung wurde die OSZE-Mission in Kroatien mit Jahresende geschlossen und durch einen Beschluss des Ständigen Rates das OSZE-Büro in Zagreb eingerichtet. Das Büro wird Kriegsverbrecherprozesse beobachten und über die Umsetzung der Wohnraumbeschaffungsprogramme berichten.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Rechtsstaatlichkeit

Als Teil seines Beschlusses betreffend die Schließung der Mission vertrat der Ständige Rat die Auffassung, dass der laufende Reformprozess in Kroatien in mehreren Bereichen, in denen die Mission unter dem Titel Rechtsstaatlichkeit aktiv war, ausreichend fortgeschritten sei, um zu Jahresende als tragfähig zu gelten, und daher nicht mehr der Unterstützung durch die OSZE bedürfe. Zu diesen Bereichen zählte die angemessene Finanzierung der Menschenrechtsinstitutionen Kroatiens, des Verfassungsgerichtshofs und des Ombudsmanns. Zu Jahresmitte versicherte der Ministerpräsident schriftlich, dass die Regierung die Finanzierung für diese Institutionen 2008 erhöhen werde, insbesondere zur Erleichterung von Außeneinsätzen der Volksanwaltschaft. Angesichts der Bedeutung des Verfassungsgerichtshofs für den

Schutz der Menschenrechte betonte die Mission die Wichtigkeit eines transparenten Besetzungsprozesses, um die Unabhängigkeit dieser Einrichtung abzusichern. 2007 besetzte das Parlament sechs frei gewordene Sitze im Verfassungsgerichtshof, drei weitere leere Sitze sollen 2008 besetzt werden.

Die Mission finanzierte das ganze Jahr hindurch kostenlose Rechtsberatung, insbesondere für Flüchtlinge und Vertriebene, die im Zusammenhang mit der Rückgabe von Wohnraum und Landbesitz Rechtsstreitigkeiten durchzufechten hatten. Die Bemühungen der Regierung, ein System der freien Rechtsberatung zu entwickeln, gingen 2007 weiter. Ein früherer Vorschlag wurde im Herbst im Einvernehmen mit der Mission aus dem Parlament zurückgezogen.

Um die Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf die Anstellung von Angehörigen nationaler Minderheiten zu erleichtern, organisierten die Mission und die Regierung gemeinsam drei Gesprächsrunden über die Umsetzung des kroatischen *Verfassungsgesetzes über die Rechte nationaler Minderheiten*. Jede dieser Gesprächsrunden war einem konkreten Sektor der öffentlichen Verwaltung gewidmet – Justiz, staatliche Verwaltung und Kommunalverwaltung – und betonte die Notwendigkeit konkreter Umsetzungspläne, von Methoden zur Beurteilung der Fortschritte auf dem Weg zu den erklärten Beschäftigungsquoten für Minderheiten und die Verbindung zur Flüchtlingsrückkehr und zum *Prozess von Sarajewo*.

Die Beobachtung der zahlreichen Kriegsverbrecherprozesse Kroatiens, darunter auch Fälle, die vom Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) übertragen worden waren, bildeten auch 2007 den Kern der Aktivitäten im Bereich Rechtsstaatlichkeit. Kroatien machte insgesamt weiter Fortschritte in Richtung eines ausgewogenen und fairen Systems der strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechen, allerdings besteht weiterer Handlungsbedarf, um Schwachstellen wie mangelnde Unparteilichkeit zu beseitigen und zu gewährleisten, dass Täter unabhängig von ihrer nationalen Herkunft oder jener der Opfer nicht länger ungestraft bleiben. Kroatien kann manche Reformen allein durchführen, andere hingegen hängen von gleichartigen Reformen in anderen Staaten des ehemaligen Jugoslawien ab, insbesondere jene, die auf die Justizzusammenarbeit zwischen den Staaten abzielen. Beobachtungen im Zuge der Überwachungstätigkeit der Mission bildeten die Grundlage von Reformempfehlungen, die während des Plenums im Justizministerium diskutiert wurden. Zu Jahresende gab die Mission eine schriftliche Zusammenfassung der Diskussionen im Plenum über 18 Monate hinweg heraus, in der verabschiedete Reformen ebenso wie noch offene Fragen aufgeführt wurden.

Die „Plattform“: Mandatsbezogene Fragen abschließen

2007 intensivierte die Mission ihre Diskussionen mit den Ministerien für auswärtige Angelegenheiten, für Justiz und für Entwicklungsfragen im Rahmen der „Plattform“, einer Einrichtung, die Anfang 2006 zwischen der Mission und den wichtigsten Regierungsressorts eigens zu dem Zweck geschaffen wurde, Schritte zur Beendigung des Mandats der Mission auszuhandeln. Im Rahmen der „Plattform“ fanden gemeinsame Sitzungen mit Kommunalbehörden in Regionalzentren sowie Plenarsitzungen auf Ministeriumsebene statt. Die „Plattform“ erwies sich als nützliches Forum, in dem die Mission und die Regierung gemeinsam Ziele und eine Prioritätenreihung vereinbarten, ausstehende Aufgaben erörterten und einmal im Monat die Fortschritte bewerteten.

Die Rolle der Richter in Kriegsverbrecherprozessen: Zwischenstaatliche Zusammenarbeit und Schulung.

Die Mission organisierte in Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Institutionen und -Feldoperationen das fünfte Treffen des *Palić-Prozesses*, bei dem Richter aus der Region über die zur wirksamen strafrechtlichen Verfolgung und zur Beendigung der Straflosigkeit der Täter notwendige zwischenstaatliche justizielle Zusammenarbeit diskutierten. Die Teilnahme von Richtern des ICTY, einschließlich des Gerichtspräsidenten, war der Diskussion sehr förderlich. Die zwischenstaatliche justizielle Zusammenarbeit wird nach wie vor durch die rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen Staaten eng begrenzt und ist deshalb ein wichtiger Bereich für künftige Reformen.

In Zusammenarbeit mit der kroatischen Justizakademie finanzierte die Mission ein Seminar für Richter und Staatsanwälte, bei dem Fragen des fairen Verfahrens in Kriegsverbrecherprozessen, etwa das Recht auf angemessene Verteidigung, behandelt wurden. Außerdem unterstützte sie ein Projekt zum Ausbau der Kapazitäten örtlicher Nichtregierungsorganisationen für die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen.

Flüchtlingsrückkehr

Der Ständige Rat stellte in einem Beschluss Ende des Jahres fest, dass mehrere Fragen, die das Mandat der Mission in Sachen Rückkehr und Integration betreffen, nicht mehr der Unterstützung durch die OSZE bedürfen. Dazu zählte die noch nicht abgewickelte Rückgabe eines begrenzten Umfangs von Privateigentum – Wohnraum, Geschäftslokale und landwirtschaftliche Nutzflächen –, das von der Regierung zugewiesen wurde. Eine weitere Frage war die Vollendung des Wiederaufbaus zerstörter Häuser und Wohnungen, darunter die Erledigung von nahezu 14.000 Berufungen gegen die Ablehnung des Wiederaufbaus, die größtenteils von ethnischen Serben eingelegt worden waren. Schließlich befasste sich die Mission gemeinsam mit den staatlichen Behörden mit der Fortsetzung und der Vollendung des Prozesses zur Bereitstellung der nötigen Infrastruktur für Strom und Wasser in den Rückkehrgebieten kroatischer Serben.

Die Mission unterstützte Bemühungen auf dem Weg zu einem erfolgreichen Abschluss des *Prozesses von Sarajewo*, einer Verpflichtung zu einer gemeinsamen regionalen Lösung für die tausenden Kriegsvertriebenen und Flüchtlinge. In den meisten Fragen wurden Fortschritte gemacht. Dennoch gelang es aufgrund der politischen Verhältnisse in der Region trotz aller Bemühungen Kroatiens nicht, den *Prozess 2007* erfolgreich abzuschließen. Das Gipfeltreffen auf Ministerebene, durch den die politische Phase abgeschlossen werden sollte, fand nicht statt, und es wurden auch nicht alle Länderaktionspläne, die sogenannten *Road Maps*, vollständig durchgeführt. Zwei Schlüsselfragen standen noch aus: die Lösung für ehemalige Inhaber von Wohn- und Mietrechten, die nicht nach Kroatien zurückkehren wollen, und die Frage der Anrechnung von Arbeitszeiten, die in den ehemals besetzten Gebieten geleistet wurden. Bis Jahresende fand sich kein Konsens zum kroatischen Vorschlag, diese Frage bilateral zu lösen. Es wurde weiter über einen Mechanismus diskutiert, wie Kroatien die Frage der Anrechnung von Arbeitszeiten und andere Angelegenheiten, die während des Prozesses angesprochen wurden, lösen kann.

Ein wichtiger Punkt in der Arbeit der Mission war 2007 die Beschaffung von Wohnraum für kroatische Flüchtlinge serbischer Abstammung, die früher Miet- und Wohnrechte besessen hatten. Die Regierung verpflichtete sich, die Bereitstellung von Wohnraum für ehemalige

Inhaber solcher Rechte, die nach Kroatien zurückkehren wollten, zu beschleunigen. In Abstimmung mit der internationalen Gemeinschaft in Zagreb sagte die Regierung zu, bis Ende 2007 1400 Wohneinheiten bereitzustellen, 1000 davon in vom Krieg betroffenen Gebieten und 400 im städtischen Bereich. Zu Ende des Jahres waren beträchtliche Fortschritte auf dem Weg zu diesem Ziel zu verzeichnen, doch hatten noch nicht alle Anspruchsberechtigten Wohnraum zugewiesen erhalten. Die Regierung verpflichtete sich außerdem, bis Ende 2009 zu ermitteln, inwieweit für die restlichen 5600 serbischen Familien Wohnraum verfügbar ist. Die Verpflichtungen der Regierung werden in einen Aktionsplan aufgenommen, der der Europäischen Kommission anlässlich der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union präsentiert werden wird.

Leiter der Mission:

Botschafter Jorge Fuentes

Genehmigter Haushalt: 7.324.000 EUR

www.osce.org/croatia

Die Mission im Kosovo

[map]

Gjilan/Gnjilane

Mitrovicë/Mitrovica

Pejë/Peć

Prishtinë/Priština

Prizren

[map]

Mission im Kosovo

Regionalzentrum

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Eine der größten Leistungen der Mission war die Unterstützung der Wahlen, die in knapp drei Monaten organisiert wurden.

Ihrem Mandat entsprechend war die Mission nicht in die unter internationaler Vermittlung stattfindenden Gespräche über den Status des Kosovo involviert, die auch dieses Jahr die politische Szene beherrschten.

Die Mission, eine eigene Komponente der Interimsverwaltung der Vereinten Nationen, ist der einzige zivile internationale Akteur mit einer weit verzweigten Feldpräsenz quer durch den ganzen Kosovo und hat die Aufgabe, an der Umsetzung der Resolution 1244 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mitzuwirken, insbesondere in Bezug auf die einschlägigen Teile des Beschlussparagrafen 11 dieser Resolution. Durch ihre Feldpräsenz überwachte und unterstützte die Mission die Arbeit der örtlichen Behörden, um die Achtung der Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und ein verantwortungsbewusstes Vorgehen zu gewährleisten.

Diese Arbeit steht nicht immer im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Dennoch ist die ruhige und unvoreingenommene Überwachungsarbeit, gepaart mit fachlich fundierten Empfehlungen für Verbesserungen, jene Tätigkeit, die auf lange Sicht etwas bewirken kann, vor allem Verbesserungen im Leben der verschiedenen Volksgruppen im multiethnischen Kosovo.

Eine einzigartige Feldpräsenz

Die OSZE hat im Kosovo die größte zivile Feldpräsenz etabliert und bildet die „Augen und Ohren“ der internationalen Gemeinschaft im Kosovo. OSZE-Mitarbeiter sind in jeder Kommune, in allen Ministerien und in der Kosovo-Versammlung ebenso präsent wie in mehreren unabhängigen öffentlichen Einrichtungen. Die Mission hat auch Zugang zu den Gerichten und Polizeistationen des Kosovo.

Diese Präsenz vor Ort, die zunehmend an Bedeutung gewinnt, nachdem die Vereinten Nationen begonnen haben, ihre Aktivitäten zurückzunehmen, versetzt die Mission in die einmalige Lage, Veränderungen vor Ort in einem sehr frühen Stadium vorherzusehen, zu kommentieren und sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Die Kommunalteams und Fachabteilungen der OSZE für Eigentumsangelegenheiten, Good Governance, Minderheiten,

Justiz- und Polizeiangelegenheiten halten die internationale Gemeinschaft über Entwicklungen auf dem Laufenden und helfen mit, positive Veränderungen herbeizuführen.

Das aktive Monitoring offizieller kommunaler Gremien, Arbeitsgruppen und Kommissionen bedeutet mehr als nur Beobachtung. Das Monitoring führt zu politischer Intervention, um die Arbeit der Behörden des Kosovo zu verbessern. Im Zuge ihrer Tätigkeit mit örtlichen Akteuren seit 1999 hat die Mission den Ruf von Kompetenz und Professionalität erworben. Die Stärke der OSZE-Mitarbeiter vor Ort liegt in dem Vertrauen, das sie über einen langen Zeitraum hinweg erworben haben.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Wahlen

Die Entscheidung, am 17. November Wahlen abzuhalten, wurde von der VN-Verwaltung Ende August getroffen. Dieser knappe Zeitrahmen war aus mehreren Gründen besonders kritisch. Zum ersten Mal lag die Hauptverantwortung für die Organisation der Wahlen bei den Kosovo-Institutionen. Gewählt wurden die Kosovo-Versammlung (Provisorische Selbstverwaltungsinstitution), die Kommunalversammlungen sowie die Amtsträger für die neu geschaffenen Bürgermeisterposten. Zum ersten Mal fanden drei Wahlen gleichzeitig statt.

Die OSZE-Mission hatte zwar die Hauptwahlbehörde und ihr Sekretariat geschult, doch war die operative Unterstützung durch die Mission angesichts der kurzen Zeit von kritischer Bedeutung für den Erfolg der Wahlen.

Es wurden über 25.000 Personen als Wahlhelfer in den Wahllokalen und zur Auszählung der Stimmen rekrutiert und geschult, um die Wahlen in 621 Wahllokalen im ganzen Kosovo durchführen zu können. Es war auch ein Briefwahlsystem vorgesehen, damit auch Wähler außerhalb des Kosovo ihre Stimme abgeben konnten. Im Vergleich zu früheren Wahlgängen gingen um rund 50 Prozent mehr gültige Stimmzettel auf dem Postweg ein.

Die relativ geringe Wahlbeteiligung – nur knapp über 41 Prozent für die Wahl zur Versammlung – setzte den bei früheren Wahlen festgestellten Trend fort, war aber auch auf schlechtes Wetter und überholte Wählerlisten zurückzuführen. Die Mission bemühte sich durch Projekte, Minderheitengemeinschaften, insbesondere die Kosovo-Serben, zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen. Dennoch war die Wahlbeteiligung in der serbischen Volksgruppe extrem niedrig und lag wahrscheinlich unter einem Prozent.

Der Europarat beurteilte die Wahlen als effizient, transparent und internationalen und europäischen Standards entsprechend.

Menschenrechte

2007 verstärkte die Mission ihren Themenschwerpunkt Minderheitenrechte und damit zusammenhängende Fragen. Sie beobachtete das Geschehen in Bezug auf Rückkehr und Wiedereingliederung, die Wiederherstellung von Eigentumsrechten, die Sicherheit des öffentlichen Verkehrs in Minderheitengemeinschaften, die Verwendung der Sprachen sowie die Personenstandsregistrierung in Roma-, Aschkali- und ägyptischen Gemeinschaften und war in diesen Fragen auch beratend tätig.

Die Mission stellte technische Unterstützung und Ausbildung für die Menschenrechtsabteilungen in 16 Ministerien der Provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen bereit, was diese Abteilungen erheblich besser als bisher in die Lage versetzte, Menschenrechtsverpflichtungen nach innerstaatlichem und internationalem Recht umzusetzen und über sie zu berichten.

Die Mission setzte auch ihre Unterstützung für unabhängige Institutionen wie die Volksanwaltschaft fort, an deren Schaffung sie mitgewirkt hatte. Die Mission kritisierte den Mangel an Transparenz in der Bestellung des neuen Ombudsmanns. Der Auswahlprozess wird daher wiederholt und transparenter ablaufen.

Im Bereich der Zivil- und Strafrechtspflege befassten sich ausführliche Monitoring- und Beurteilungsberichte mit Verletzungen der innerstaatlichen und internationalen Menschenrechtsstandards. Die Mission konzentrierte sich dieses Jahr auf die Rechtsvertretung in Zivilrechtsfällen, Gewalt in der Familie, Menschenhandel und Zeugenschutz. Hohen Stellenwert für die Mission hatte auch dieses Jahr die Beobachtung von Fällen interethnischer Straftaten, einschließlich jener im Gefolge der Ausschreitungen vom März 2004. Die Mission befasste sich auch weiter mit der Förderung der Entwicklung eines rechenschaftspflichtigen, menschenrechtskonform agierenden Polizeidienstes für alle Gemeinschaften im Kosovo.

Zugehen auf kleine serbische Enklaven im Kosovo

In enger Zusammenarbeit mit Länderverbindungsbüros in Prishtinë/Priština, insbesondere dem britischen Büro, entwickelte die Mission eine Kampagne, die speziell auf die Bedürfnisse jener serbischen Enklaven im Kosovo ausgerichtet war, die relativ abgeschieden sind, und zwar nicht nur von den wichtigsten Institutionen des Kosovo, sondern auch von größeren Serbiansiedlungen im Kosovo.

Jedem Verbindungsbüro wurde eine bestimmte Enklave zugewiesen. Die Kontakte beschränkten sich nicht auf Einmalbesuche, sondern jedes Verbindungsbüro stellte eine nachhaltige Beziehung zu „seiner“ Enklave her, die nicht nur für die kommende schwierige Zeit sondern auch für potenzielle längerfristige Entwicklungsprojekte von Vorteil sein wird.

Good Governance

Die Mission setzte ihre Hilfe für die institutionelle Struktur sowie für die Verwaltung der Kosovoversammlung fort. Neben der tagtäglichen Unterstützung des Präsidiums der Versammlung konzentrierte sich die Mission auf die Unterstützung der Kontrolle der Exekutive durch die Versammlung, womit sie den einzelnen Versammlungsausschüssen konkrete Hilfe leistete.

Nachdem die Direktwahl der Bürgermeister erst kurz vor den Kommunalwahlen eingeführt wurde, erwies sich die Hilfe der Mission in Form von Beratung und Schulung in der Umsetzung der neuen Vorschriften als außerordentlich wichtig.

Die Mission unterstützte den Reformprozess der Lokalverwaltung auf gesamtstaatlicher und lokaler Ebene durch Überprüfung der einschlägigen Rechtsvorschriften und analytische Berichte mit ausführlichen Empfehlungen. Sie förderte auch die Reform des kommunalen Finanzmanagements durch Veranstaltung regionaler Foren für die Kommunalführung, um deren Kompetenz in kommunalem Finanzwesen zu erhöhen.

Der Kampf gegen Korruption

Die Mission leistete technische Hilfe für die Korruptionsbekämpfungsagentur, die ihre Tätigkeit am 12. Februar aufnahm. Es gab eine erfolgreiche Aufklärungskampagne über die Medien unter dem Schlagwort „Korruption, nicht mir dir! Melde Korruptionsfälle bei der Korruptionsbekämpfungsagentur“. Es wurde eine Hotline und eine Website eingerichtet, um die Meldung von Korruptionsfällen zu erleichtern.

Seit Beginn der Kampagne im Dezember 2006 gehen bei der Agentur täglich fünf bis sieben Anrufe an der gebührenfreien Telefonnummer ein. Inzwischen hat die Agentur in 80 Fällen administrative Ermittlungen durchgeführt und diese Fälle zwecks Einleitung von Strafverfahren an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Die Agentur intervenierte auch in nicht vorschriftsmäßigen Ausschreibungsverfahren und verhinderte damit die missbräuchliche Verwendung von Geldmitteln. Dadurch gelang es, 5.000.000 EUR in den Kosovo-Haushalt zurückzuführen.

Hochschulbildung

Die Mission unterstützte die einzige öffentliche Universität im Kosovo, die nichtalbanischen Gemeinschaften Bildungsmöglichkeiten bietet. Damit endete die zweijährige Isolation dieser Universität in Mitrovica/Mitrovica, die nun wieder in den europäischen Hochschulraum und den Bologna-Prozess integriert ist. Ähnliche Hilfe wurde auch für die öffentliche Universität in Prishtinë/Priština geleistet.

Medienentwicklung

Massive Meinungsverschiedenheiten im Presserat des Kosovo über einen Beschluss betreffend unprofessionelle Berichterstattung durch eine Mitgliedszeitung führten 2007 fast zur Auflösung dieses Selbstkontrollorgans der Printmedien, an dessen Gründung auch die Mission beteiligt war. Die Mission schritt ein, vermittelte und die Krise wurde beigelegt.

Die Mission unterstützte ferner die Unabhängige Medienkommission als für die Sendemedien zuständiger Regulator und war auch an der Endphase der Schaffung des Kosovo-Medieninstituts, einer Fortbildungseinrichtung für Medienschaffende, beteiligt.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeiausbildung und -entwicklung

Bis einschließlich 2007 ermöglichte die Mission die Ausbildung von 7.353 Beamten des Kosovo-Polizeidienstes. Nachdem dieses angestrebte Ziel erreicht ist, widmet sie sich nun den Bedürfnissen des weitergefassten Sicherheitssektors einschließlich Zoll, Strafvollzug und der Abteilung für Krisenmanagement. Sie konzentrierte sich auf Fachausbildung, Weiterentwicklung der kommunalen Sicherheit und das Polizeiinspektorat des Kosovo und unterstützte wie bisher das Kosovo-Zentrum für Ausbildung und Entwicklung im Bereich der öffentlichen Sicherheit.

Die Mission vollendete die erste Phase der Ausbildung für das Polizeiinspektorat, einem unabhängigen Gremium für die Kontrolle der Polizei, und wird die zweite Phase Anfang 2008 beenden.

Ein Blick in die Zukunft

Die Mission ist in einem politischen Kontext tätig und die intensiven Gespräche über den Status des Kosovo prägten 2007 alle Aspekte der Arbeit der Mission.

Da der Status nach wie vor ungeklärt ist, verlängert der Ständige Rat das Mandat der Mission für 2008 um jeweils nur einen Monat. Jeder Teilnehmerstaat kann die Zukunft der Mission zu jedem beliebigen Zeitpunkt während des Jahres auf die Tagesordnung setzen.

Angesichts dieser im Gange befindlichen Veränderungen unterzieht die Mission ihre Prioritäten einer Überprüfung. Sie wird ihre Aufmerksamkeit verstärkt Fragen wie dem Schutz von Minderheitengemeinschaften, der Unterstützung für die Einbeziehung und Zusammenarbeit verschiedener Gemeinschaften, der Rückkehr der Vertriebenen und den Eigentumsrechten zuwenden. Sie wird ihre Monitoring-Aktivitäten in den Vordergrund stellen und in diesem Zusammenhang die Arbeit der Kosovo-Behörden in Bezug auf ihre Verpflichtungen und internationale Standards beobachten.

Leiter der Mission:

Botschafter Tim Guldemann seit 1. Oktober, als Nachfolger von Botschafter Werner Wnendt, dessen Mandat am 13. Oktober endete

Genehmigter Haushalt: 34.638.400 EUR

www.osce.org/kosovo

Die Mission in Montenegro

[map]

Danilovgrad

Podgorica

[map]

Mission in Montenegro

OSZE-Polizeiausbildungszentrum Danilovgrad

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Die Arbeit der Mission in Montenegro zur Unterstützung ihres Gastlandes bei der Stärkung bestehender und neu geschaffener Institutionen im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit stand unter dem Zeichen des aktiven Dialogs und der Partnerschaft. Im Sinne ihres Leitprinzips der Kontinuität und Anpassungsfähigkeit reagierte die Mission auf die durch die Fortschritte in der Reformagenda bedingten Änderungen in den Bedürfnissen Montenegros.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Verhaltenskodex. Im September vermittelte die Mission eine Arbeitstagung über die demokratische Kontrolle der Streitkräfte und die Umsetzung des *OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit*, die vom Konfliktverhütungszentrum im Parlament Montenegros abgehalten wurde.

Zerstörung von Munition. Die Mission begann mit der Umsetzung des Entmilitarisierungsprogramms Montenegros, in dessen Rahmen überschüssiges militärisches Material entsorgt und die Verwaltung der Lager verbessert werden soll. Alle 61 Kampfpanzer, die gemäß dem gemeinsamen Programm der OSZE, des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen und des Verteidigungsministeriums Montenegros zur Zerstörung anstanden, wurden bereits verschrottet.

Bekämpfung der Korruption und der organisierten Kriminalität. Die Mission unterstützte weiter die Entwicklung eines strafrechtlichen Informationssystems und gab den Anstoß zur Gründung der Nationalen Koordinationsgruppe, der ersten Einrichtung dieser Art in der Region. Die Gruppe wird die Arbeit aller mit der Bekämpfung der Korruption und organisierten Kriminalität befassten Strafverfolgungsbehörden zusammenführen und koordinieren.

Polizeiarbeit im Dienste der Bürger. Die Mission war in beratender Funktion an der Entwicklung der montenegrinischen Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit beteiligt und schulte die 56 Kontaktbeamten, die versuchsweise an bestimmten Standorten eingesetzt wurden. Die Pilotphase wurde zu Jahresende erfolgreich abgeschlossen.

Polizeiarbeit an den Grenzen. Im Zentrum der Bemühungen der Mission standen die Förderung der regionalen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und die Unterzeichnung bilateraler Abkommen mit Albanien und Bosnien und Herzegowina im Rahmen der *Integrierten Grenzmanagementstrategie* und im Zusammenhang mit dem *Ochrid-Prozess über Grenzmanagement*.

Umgang mit Informanten. Die Mission entwickelte eine Methodik und Anweisungen für den Umgang mit Informanten auf der Grundlage des Europol-Modells.

Polizeiausbildung. Die Mission unterstützte die Polizeiakademie bei der Erstellung eines Ausbilderprogramms für Polizeianwärter.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Aktivitäten gegen Geldwäsche und die Finanzierung von Terrorismus. Die Mission organisierte eine landesweite Konferenz, um montenegrinische Entscheidungsträger mit den wichtigsten internationalen Verträgen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung von Terrorismus vertraut zu machen, und hielt eine regionale Konferenz zu diesem Thema ab, an der Vertreter aus zehn südosteuropäischen Ländern teilnahmen.

Bekämpfung von Menschenhandel. Im Zuge der weiteren Umsetzung des Projekts *Verhütung von Menschenhandel und der sexuellen Ausbeutung von Minderjährigen im Rahmen von Reisen und im Tourismus* betrieb die Mission die Unterzeichnung eines überarbeiteten Kooperationsabkommens über die Behandlung der Opfer von Menschenhandel durch alle mit dieser Frage befassten Gremien.

Umweltfragen. Über 1000 Volksschüler der ersten bis vierten Klasse beteiligten sich an dem Projekt der Mission *„Hilf mit, unsere Umwelt zu schützen.“* Die Mission leitete ein von der spanischen Regierung finanziertes Projekt in die Wege, mit dem gegen illegale Schlägerungen, die größte Gefahr für eine nachhaltige Forstwirtschaft in Montenegro, vorgegangen werden soll.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Demokratisierung. Die Mission nahm ein von der österreichischen Regierung finanziertes Vierjahresprojekt in Angriff, das mithelfen soll, die Effizienz der Ausschüsse des montenegrinischen Parlaments zu erhöhen. Mit Unterstützung des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte verfasste sie ein *Municipal Handbook* über Good Governance in den Kommunen und präsentierte es in den montenegrinischen Gemeinderäten.

Genderfragen. Die Mission half mit, die Büros der örtlichen Kontaktstellen für Gleichstellungsfragen in fünf Gemeinden zu verstärken. Sie führte eine Umfrage über die Vorstellungen und Anliegen einer großen Gruppe von Kommunalbediensteten durch und machte sie mit den wichtigsten Fakten der Gleichberechtigung der Geschlechter und dem jüngst verabschiedeten *Gesetz über die Gleichberechtigung der Geschlechter* vertraut.

Verfassungsreform. Um sicherzustellen, dass die neue *Verfassung* den internationalen und europäischen Standards entspricht, veranstaltete die Mission Diskussionsrunden zu einigen der heikelsten Fragen, darunter die Unabhängigkeit der Richterschaft und die Rolle des Verfassungsgerichtshofs.

Justizreform. Die Mission unterstützte die Ausarbeitung und Präsentation der *Nationalen Strategie für die Justizreform*, die im Juni verabschiedet wurde. Sie half mit bei der Formulierung eines neuen Strafgesetzbuchs nach dem Grundsatz der staatsanwaltlichen Ermittlungsbefugnis. In Zusammenarbeit mit den montenegrinischen Gerichten lancierte sie

im Mai ein Gerichtsmonitoring-Projekt. Das Projekt wird eine ausführliche Bewertung der Strafrechtspflege im Gastland vornehmen.

Korruption. Die Mission unterstützte das Gastland bei der Überprüfung der Übereinstimmung seiner Strafgesetzgebung und seiner Gesetze über das öffentliche Beschaffungswesen bzw. über Interessenkonflikte mit den Vorschriften des *Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption*. Sie unterstützte öffentliche Bedienstete bei der Aufdeckung und Verhütung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung und bemühte sich um ein verstärktes Profil der Direktion für die Antikorruptionsinitiative in der Öffentlichkeit.

Menschenrechte. In enger Zusammenarbeit mit der örtlichen Nichtregierungsorganisation Zentrum für Demokratie und Menschenrechte und der NRO *Advice on Individual Rights in Europe Centre* in London führte die Mission Bildungsprogramme in Menschenrechten für Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Mitglieder der Zivilgesellschaft durch.

Nationaler Mechanismus für die Verhinderung von Folter. Die Mission half mit, einen endgültigen Vorschlag für die Einrichtung eines Nationalen Mechanismus für die Verhinderung von Folter gemäß dem *Fakultativprotokoll zum Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter* auszuarbeiten und förderte auch weiter die Debatte zwischen allen damit befassten staatlichen Institutionen.

Freier Informationszugang. Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Gesetzes über freien Informationszugang* durch Mitwirkung an der Veröffentlichung eines Handbuchs für öffentliche Bedienstete, Schulung von über 300 Bediensteten aus ganz Montenegro und Vermittlung von Diskussionsrunden, die mithalfen, dass dieses *Gesetz* in die neue *Verfassung* aufgenommen wurde.

Medienentwicklung. In Zusammenarbeit mit dem Präsidenten des Schweizer Presserates setzte die Mission ihre Beratungstätigkeit für den Rat für Selbstkontrolle der Medien in Montenegro und ihre Aufklärungsarbeit bei den Medien und in der Öffentlichkeit im Interesse dieses Gremiums fort.

Leiterin der Mission:

Botschafterin Paraschiva Badescu

Genehmigter Haushalt: 2.200.900 EUR

www.osce.org/montenegro

Die Mission in Serbien

[map]
Belgrad
[map]

Mission in Serbien

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Schwerpunkt der Tätigkeit der Mission war die Unterstützung Serbiens beim Aufbau unabhängiger, rechenschaftspflichtiger und effektiver demokratischer Institutionen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Medien, Strafverfolgung, Wirtschaft und Umwelt. Sie unterstützte die Zivilgesellschaft und förderte die regionale Zusammenarbeit und Aussöhnung, womit sie zu einer bestandfähigen, sicheren und stabilen Gesellschaft für alle Bürger Serbiens beitrug. Zu den wichtigsten Ergebnissen ihrer Arbeit zählten ihre Beiträge zu einer völligen Umgestaltung der Polizeigrundausbildung im Land und zur Aufrechterhaltung der Stabilität in Südserbien.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Mission leistete den serbischen Behörden Hilfestellung bei der Ausarbeitung neuer Rechtsvorschriften für Beschlagnahme und Einziehung von Vermögenswerten und bei der Entwicklung eines eigenen Strafvollzugssystems für Täter der organisierten Kriminalität. Sie bot Schulungen für Polizeibeamte, Staatsanwälte, Richter und Einrichtungen an, die in Finanzdelikten ermitteln. Gemeinsam mit der italienischen Anti-Mafia-Direktion und der *Guardia di Finanza* förderte sie die regionale und internationale Zusammenarbeit.

Kriegsverbrechen. Die Mission beobachtete neun Kriegsverbrecherprozesse, eine Steigerung gegenüber den im Vorjahr verfolgten sechs Prozessen. Sie organisierte Kurse über Ermittlungstechniken, den Umgang mit Opfern und Zeugen und das humanitäre Völkerrecht. Sie half mit, die landesweite und zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen Polizeidienststellen und Staatsanwaltschaften zu verbessern. Sie informierte die Öffentlichkeit über die im Inland stattfindenden Kriegsverbrecherprozesse und über die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien.

Transparenz in der Wirtschaft und Bekämpfung der Korruption. Die Mission leistete Serbien weiterhin Hilfestellung bei der Umsetzung seiner nationalen *Antikorruptionsstrategie* und unterstützte die durch das *Gesetz über das öffentliche Beschaffungswesen* und das *Gesetz über die Verhütung von Interessenskonflikten in Ausübung eines öffentlichen Amtes* geschaffenen Institutionen. Sie stellte fachliche Beratung für die Ausarbeitung des neuen Gesetzes über das öffentliche Beschaffungswesen zur Verfügung. Gemeinsam mit dem Amt für öffentliches Beschaffungswesen entwickelte sie Lehrgänge über Verfahren des öffentlichen Beschaffungswesens. In Südserbien half sie Kommunalverwaltungen in Zusammenarbeit mit einer Nichtregierungsorganisation bei der Einrichtung kommunaler Antikorruptionsräte.

Grenzmanagement. Nach der Entmilitarisierung der serbischen Grenzen setzte die Mission ihre Unterstützung für den Polizeidienst bei der Umsetzung des *Integrierten Grenzmanagements*, der Bekämpfung von Menschenhandel und der Ausforschung gestohlener Fahrzeuge und gefälschter Dokumente fort.

Polizeireform. Die Mission nahm in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium ein Projekt in Angriff, durch das die strategische Planung und das Management des Ministeriums in Sachen Polizeireform verbessert werden sollen. Sie spielte eine führende Rolle bei der Modernisierung der Tatortaufnahme und Kriminaltechnik des Ministeriums.

Die Mission unterstützte die Entwicklung von bürgernaher Polizeiarbeit im ganzen Land, einschließlich Südserbiens. Sie half mit, ein Kernteam nationaler Polizeiausbildner für multikulturelle und Minderheitenfragen zu bilden. Sie förderte bewährte internationale Praktiken im Bereich der Rechenschaftspflicht der Polizei und betrieb Aufklärung über das Beschwerde- und Belobigungsverfahren.

Über 700 Polizeibeamte beteiligten sich an Programmen der Mission, mit denen nationale Polizeiausbildungskapazitäten geschaffen werden sollen.

Modernisierung der polizeilichen Grundausbildung

Der erste Pilotkurs im neuen Zentrum für polizeiliche Grundausbildung in Sremska Kamenica begann am 5. Dezember mit 129 Auszubildenden. Mit diesem Kurs wurde mit Unterstützung der Mission eine umfassende Neuausrichtung der polizeilichen Grundausbildung in Serbien eingeleitet. Anstatt der bisher üblichen vierjährigen Ausbildung in einer Polizeischule werden die zukünftigen serbischen Polizeibeamten nach der Mittelschule einen 18-monatigen Lehrgang besuchen. Ein völlig neuer Lehrplan erleichtert den Zugang von Frauen und Minderheitengruppen zur Polizeiausbildung und bereitet die Kadetten auf den Dienst am Bürger vor und zeigt ihnen, wie sie auf die Bedürfnisse ihrer Gemeinschaften eingehen können.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Strategische Unterstützung für die Umwelt. Die Mission unterstützte die neue serbische Regierung bei der Schaffung eines Umweltschutzministeriums und dessen Verbindung mit dem Umweltfonds und der Umweltagentur. Sie förderte außerdem die Teilnahme serbischer Nichtregierungsorganisationen an der *Sechsten Ministerkonferenz – Umwelt für Europa* im Oktober in Belgrad.

Nachhaltige Entwicklung. Die Mission leistete Hilfestellung bei der Entwicklung vorbildlicher örtlicher Umweltaktionspläne in den kleinen und nur wenig entwickelten Kommunen Blace (Südserbien) und Lajkovac (Zentralserbien).

Wirtschaftliches Empowerment. Die Mission führte in zehn Gemeinden Aus- und Weiterbildungsprogramme für Jungunternehmer durch, an denen im Laufe von vier Jahren über 1000 junge Serben teilnahmen. Zur Förderung bewährter Praktiken von verantwortungsvollem Management in der Privatwirtschaft half sie mit bei der Gründung der serbischen Vereinigung von Unternehmensleitern.

Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen. Im Dezember eröffnete die Mission das Zentrum für technologische und wirtschaftliche Innovation an der Universität Belgrad, das Studenten mit besonders gutem Studienerfolg bei der Gründung ihrer eigenen Unternehmen helfen wird.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Demokratische Governance. Die Mission half dem Parlament, dem Büro des Präsidenten und der Kommunalverwaltung der Stadt Belgrad, bessere Kontakte zu ihren Bürgern zu knüpfen. In Fortführung einer Initiative der Mission führte das Parlament ein System für die elektronische Verwaltung von Gesetzestexten ein. Die Mission förderte die Veröffentlichung des *Guidebook on Monitoring of the Work of Local Self-Government* für örtliche Medien und Nichtregierungsorganisationen. Sie unterstützte auch Gesetzesreformen, die dem Parlament eine effizientere Kontrolle des Sicherheitssektors ermöglichen sollen.

Flüchtlingsrückkehr und -integration. In Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshochkommissar der Vereinten Nationen und regionalen Nichtregierungsorganisationen unternahm die Mission eine eingehende Untersuchung, mit der den serbischen Behörden bei der Suche nach Lösungen für Flüchtlingsfragen geholfen werden soll, da sich der in der *Ministererklärung von Sarajewo zur Flüchtlingsrückkehr* vorgesehene Rückkehrprozess verzögert.

Menschenrechte und Bekämpfung von Menschenhandel. Die Mission ermittelte wichtige Menschenrechtsfragen, in denen Gesetzesänderungen notwendig sind, und zeigte Probleme im Zusammenhang mit der Durchsetzung von Erkenntnissen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs auf. Sie unterstützte den Nationalen Leitmechanismus für Opfer von Menschenhandel.

Chancengleichheit. Die Mission half der Regierung bei der Umsetzung ihres *Roma-Aktionsplans* zu den Themen Bildung, Gesundheitswesen und Wohnungswesen. Sie stärkte nationale Minderheitenräte, ermutigte zum Dialog zwischen der Polizei und der Roma-Gemeinschaft und förderte den Dialog zwischen den Volksgruppen und die Achtung für Vielfalt unter den Studenten. Gemeinsam mit dem Ministerium für Arbeit und soziale Wohlfahrt produzierte sie ein Handbuch über die Gleichberechtigung der Geschlechter für öffentliche Bedienstete.

Justizreform. Die Mission setzte ihre Unterstützung für die im Mai letzten Jahres verabschiedete *Nationale Strategie für die Justizreform* fort. Sie half mit, die Grundsätze der Unabhängigkeit und Rechenschaftspflicht von Richtern und Staatsanwälten zu formulieren, die die Grundlage für eine Reihe von Gesetzen zum Thema Justiz bilden werden. Um die Anzahl der qualifizierten Minderheitenkandidaten für Positionen in der Justiz zu erhöhen, führte die Mission in Südserbien und Sandschak/Raška Ausbildungsprogramme für Rechtsanwaltsanwärter durch.

Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Gesetzes über den Volksanwalt* und startete ein Fortbildungsprogramm für den ersten nationalen Ombudsmann. Sie leistete auch weiterhin Hilfestellung für den Volksanwalt der Provinz Vojvodina und das Netz örtlicher Volksanwälte.

Strafvollzugsreform. Die Mission half der Gefängnisverwaltung des Justizministeriums beim Entwurf von Änderungen zum *Gesetz über die Vollstreckung strafrechtlicher Sanktionen*, bei der weiteren Regelung der internen Aufsicht und des Einsatzes von Gewalt,

bei der Einrichtung eines Sonderhaftregimes und eines Systems zur Einstufung von Strafgefangenen und bei der Entwicklung eines Konzepts für alternativen Strafvollzug. Sie führte ein Bildungsprogramm für Strafgefangene als ersten Schritt zu ihrer Resozialisierung ein. Sie war ferner bemüht, die medizinische Betreuung in allen Hafteinrichtungen zu verbessern und gründete die ersten drogenfreien Abteilungen in serbischen Haftanstalten – eine Neuerung, die vom Justizministerium ausdrücklich begrüßt wurde. Die Mission schloss dieses Jahr ihr Programm für die strukturelle Unterstützung der Schulungseinrichtung für Strafvollzugsbeamte ab.

Medienreform. Die Mission überwachte die Aktivitäten der für den Rundfunk zuständigen Behörde der Republik, etwa auch die Vergabe regionaler und lokaler Rundfunklizenzen, und registrierte mit Sorge Abweichungen von den europäischen Standards und Gepflogenheiten. Nachdem die Mission den nationalen Rundfunk Serbiens bei seiner Umwandlung in eine echte öffentlich-rechtliche Sendeanstalt unterstützt hatte, begann sie, Radio-TV-Vojvodina bei der Verbesserung der Qualität ihres regionalen öffentlich-rechtlichen Sendedienstes Hilfestellung zu leisten.

Die Mission unterstützte das Kultusministerium bei der Abfassung eines Gesetzes über die Verhinderung von Medienkonzentrationen und für transparente Eigentumsverhältnisse. Sie hielt auch Veranstaltungen ab, in denen die Öffentlichkeit über das *Gesetz über den freien Zugang zu Information* informiert wurde.

Die Mission war bei der Privatisierung kommunaler Medien beratend tätig und half den vor kurzem privatisierten Medien, ihr Marketingpotenzial im Interesse ihrer Bestandfähigkeit besser auszunutzen. Sie arbeitete weiter mit berufsständischen Journalistenverbänden zusammen und bot Seminare über politische, wirtschaftliche und polizeibezogene Berichterstattung an.

Die OSZE unterstützt die neue Volksanwaltschaft

Der erste serbische Bürgerbeauftragte, Sasa Janković, und Botschafter Hans Ola Urstad unterzeichneten am 16. Oktober eine Vereinbarung, in der die Zusammenarbeit und die Unterstützung festgelegt werden, die diese neue Volksanwaltschaft durch die Mission erhält. Sie betrifft Bereiche wie Aufbau von Kapazitäten, Öffentlichkeitsarbeit, Schaffung einer elektronischen Arbeitsfluss-Datenbank und Entwicklung eines öffentlichen Profils.

Leiter der Mission:

Botschafter Hans Ola Urstad

Genehmigter Haushalt: 7.507.500 EUR

www.osce.org/serbia

Die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

[map]

Kumanovo

Skopje

Tetovo

[map]

„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje
Außenstelle

Die Grenzen und Namen auf dieser Karte stellen keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE dar.

Die Mission setzte ihre Beratung und Unterstützung für den Reformprozess des Landes fort, wobei sie sich insbesondere mit der Umsetzung neuer Gesetze beschäftigte. Ihre Bemühungen galten insbesondere der Verlagerung von kurzfristigen zu langfristigen Projekten, etwa der Stärkung der Kapazitäten der Justiz und der Polizei, wobei vor allem auf Nachhaltigkeit und verstärkte Eigenverantwortung für Projekte und Schulungsinitiativen geachtet wurde.

Themenschwerpunkt der Mission war unverändert die Rechtsstaatlichkeit, da eine langfristige Justiz- und Polizeireform für die Erfüllung der Kriterien für den Beitritt zu euroatlantischen Organisationen unverzichtbar ist. Die Mission stärkte auch den Dialog und das Verständnis zwischen den Volksgruppen, eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines stabilen politischen Klimas und für die Umsetzung wichtiger Gesetze.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Polizeireform. Nach der Verabschiedung eines neuen *Polizeigesetzes* Ende 2006 unterstützte die Mission weiter das Innenministerium bei der Durchführung der Polizeireform im Sinne einer auf Polizeiausbildung und bürgernahe Polizeiarbeit gestützten zweifachen Strategie.

Zur Unterstützung des von der nationalen Polizei angestrebten Ziels, in ihrer Arbeit ein Maß an Professionalität zu erreichen, wie es den internationalen Standards für Polizeiarbeit entspricht, half die Mission bei der Schaffung der Grundlagen für ein dienstbegleitendes Ausbildungsprogramm, das Kurse für Auszubildende in Menschenrechten, dem *Polizeilichen Berufskodex*, Medien und Öffentlichkeitsarbeit, Management und Lehrplanentwicklung anbietet. Die Mission unterstützte das Land auch in seinem Kampf gegen alle Formen von organisierter Kriminalität und hielt zu diesem Zweck Kurse zu Themen wie Bekämpfung von Menschenhandel, Geldwäsche, illegalen Drogen und Erkennung von Dokumentenfälschung ab.

Eine auf den Dienst am Bürger ausgerichtete Polizeiarbeit stärkt das Vertrauen der Bürger in die Polizei und verbessert die gegenseitige Zusammenarbeit. Die Mission leistete Hilfeleistung bei der Umsetzung des Konzepts für bürgernahe Polizeiarbeit in allen Regionen. In der Folge richteten weitere Kommunen ständige Mechanismen ein, die es Bürgern ermöglichen, sich mit ihren Anliegen an die Polizei zu wenden, und der Polizei, mit der Öffentlichkeit direkt zu kommunizieren. Eine der von der Mission unterstützten Initiativen war eine nationale Kampagne zur Verhütung von Drogenmissbrauch. Die Mission half ferner mit, die Tätigkeit der Polizei in ethnischen Roma-Gemeinschaften zu verbessern.

Monitoring und Frühwarnung. Monitoring ist eine der wichtigsten Methoden der Mission zur Entschärfung von Spannungen und zur Vertrauensbildung. Die mit Monitoring betrauten Mitarbeiter der Mission sprachen täglich mit führenden Persönlichkeiten von Gemeinschaften und örtlichen Behörden, ermutigten sie, Konflikte auf dem Weg des Dialogs beizulegen und mehr Vertrauen in die staatlichen Institutionen zu haben.

Entsprechend den Empfehlungen des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten konzentrierten sich die für das Monitoring zuständigen Mitarbeiter dieses Jahr darauf, in Grund- und Mittelschulen die tieferen Ursachen interethnischer Spannungen und Intoleranz anzusprechen. Sie arbeiteten auch intensiv an der Polizeireform und an der Übertragung von Befugnissen an die Kommunalverwaltungen mit. Die Mission führte ihre zweite Jahresüberprüfung der Dezentralisierung durch und lieferte den Kommunen und Akteuren damit wertvolle Informationen über Schwachstellen in der Verwaltung und für die Planung künftiger Projekte.

Dezentralisierung. Der Erfolg des Dezentralisierungsprozesses im Land hängt von einer angemessenen Finanzierung ab, denn eine ungenügende finanzielle Ausstattung stellt die Glaubwürdigkeit der kommunalen Selbstverwaltungsstellen in Frage und schwächt das Vertrauen der Bürger in die öffentliche Verwaltung. Das ganze Jahr hindurch schulte die Mission Kommunalbedienstete in Good Governance und bewährten Praktiken in Bezug auf Kommunalbesteuerung sowie interne Kontrolle und Prüfung in den Kommunalverwaltungen.

Dank entsprechender Bemühungen der Mission trafen 2007 erstmals zentrale und lokale Behörden unter der Leitung des staatlichen Verwaltungsinspektorats zusammen, um sämtliche administrativen Verfahren auf allen Verwaltungsebenen zu prüfen. Die Sitzung bot Gelegenheit zu einer Feinabstimmung der Verwaltungsabläufe und zur Abgrenzung der Kompetenzbereiche. In Zusammenarbeit mit dem staatlichen Inspektorat sorgte die Mission für Schulung in Verwaltungsangelegenheiten für Kommunalbeamte. Es war dies ein wichtiger Schritt, durch den das Land in die Lage versetzt wurde, sein eigenes Trainingsprogramm durchzuführen.

Die Förderung einer intensiveren Beteiligung der Bürger an kommunalen Entscheidungsprozessen bildete wieder einen der Schwerpunkte im Programm der Mission zur Unterstützung der Dezentralisierung. Die Mission bot Kurse für Mitglieder der in ethnisch gemischten Gemeinden eingerichteten Ausschüsse für die Beziehungen zwischen den Volksgruppen an, in denen sie über die rechtliche Stellung der Ausschüsse und die Rolle, die sie zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Volksgruppen und zur Erleichterung des Dialogs zwischen ihnen spielen können, informierte.

Zur Unterstützung der Ziele der Dekade für die Integration der Roma (2005–2015) veranstaltete die Mission eine Reihe von Arbeitstagen und sorgte für die Schulung von Gemeinderäten in der Gemeinde mit der größten ethnischen Roma-Bevölkerung.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Justizreform. Einer der größten Erfolge der Mission im Jahr 2007 war ein groß angelegtes Schulungsprogramm in *humanitärem Völkerrecht und Kriegsverbrecherprozessen*, das sie in Zusammenarbeit mit der vor kurzem gegründeten Juristischen Akademie anbot. Der Lehrgang sollte die Justiz bei der Behandlung von Fällen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt von 2001 unterstützen, einschließlich der vier Fälle, die vom Internationalen

Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien an die innerstaatliche Gerichtsbarkeit abgetreten wurden, und gab Richtern, Staatsanwälten und Ermittlern Werkzeuge zum effizienteren und effektiveren Umgang mit komplizierten strafrechtlichen Verfahren im Zusammenhang mit organisierter Kriminalität oder Korruption an die Hand. Die Mission beobachtete aktiv das Justizsystem und nahm eine Beurteilung von Strafverfahren vor, um wichtige Punkte und Probleme zu ermitteln, die Gegenstand zukünftiger Lehrgänge sein werden.

Schulungspraktikum für Rechtsanwälte. Die Mission bot gemeinsam mit der mazedonischen Anwaltskammer und der Vereinigung junger Rechtsanwälte interaktive Schulungskurse für Rechtsanwälte an. Sie begann, Workshops zur Schulung von Ausbildnern durchzuführen, um den beiden Organisationen die Möglichkeit zu geben, solche Kurse in Zukunft selbst anzubieten. Die Mission bildete die Rechtsanwälte auch in internationalen Standards für faire Gerichtsverfahren aus.

Unterstützung von Menschenrechtsinstitutionen. Die Mission arbeitete mit Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen zusammen, die für die Menschenrechte eintreten. Sie setzte ihr dreijähriges Projekt zur Stärkung der Volksanwaltschaft fort, indem sie Regionalbüros einrichtete und Schulungskurse anbot. Gemeinsam mit nationalen Experten und Vertretern von Nichtregierungsorganisationen entwickelte sie Mechanismen für die externe Kontrolle von Strafverfolgungsbehörden, durch die die Polizei verstärkt zur Rechenschaft gezogen werden kann. Sie unterstützte darüber hinaus Initiativen, durch die Organisationen der Zivilgesellschaft bei der Entwicklung strategischer Pläne und bei der Mittelbeschaffung geholfen werden soll.

Bekämpfung des Menschenhandels. Die Mission setzte sich weiter für die Umsetzung des nationalen Leitsystems ein und half mit, den Entwurf zu Verfahrensvorschriften für Institutionen und Organisationen fertigzustellen, die mit Opfern von Menschenhandel arbeiten. Dank dieser Bemühungen konnte ein System, in das mehrere Institutionen eingebunden sind, geschaffen werden, das Täter vor Gericht bringt und den Opfern von Menschenhandel von ihrer Identifizierung bis zu ihrer Rehabilitation umfassend Beistand leistet.

Reform der Wahlordnung. Mit fachlicher Beratung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte war die Mission an der Ausarbeitung von Abänderungsentwürfen des Parlaments zu der jüngst verabschiedeten *Wahlordnung* beteiligt, speziell in Bezug auf Verfahren zur Behandlung von Unregelmäßigkeiten bei Wahlen, Vorschriften für die Finanzierung des Wahlkampfs und die Übertragung der Zuständigkeit für die Führung der Wählerverzeichnisse vom Justizministerium an die staatliche Wahlbehörde.

Medienentwicklung. Die Mission unterstützte die Umsetzung des *Rundfunkgesetzes* durch technische Hilfe für die Rundfunkaufsichtsbehörde bei der Entwicklung einer Rundfunkstrategie im Einklang mit den internationalen Standards. Sie verfolgte aufmerksam die Umstrukturierung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt. Außerdem leistete sie dem neuen *Parlamentskanal* technische Hilfe, der Plenarsitzungen live im öffentlichen Fernsehen überträgt.

Medienfreiheit. In dem Bestreben, allen Volksgruppen gleichberechtigt Zugang zu Informationen und Dienstleistungen in ihrer eigenen Sprache zu geben und die freie Meinungsäußerung und den Pluralismus in den Medien zu gewährleisten, setzte die Mission ihre Unterstützung von Kommunalbehörden bei der Abfassung der nationalen Strategie für

elektronische Kommunikations- und Informationstechnologien sowie die Beobachtung der Umsetzung des *Gesetzes über den freien Zugang zu öffentlicher Information* fort.

Leiter der Mission:

Botschafter Giorgio Radicati

Genehmigter Haushalt: 9.948.700 EUR

www.osce.org/skopje